Kleine Anfrage

17. Wahlperiode

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Jasenka Villbrandt (GRÜNE)

vom 14. November 2012 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 16. November 2012) und Antwort

Wie hat sich der Markt für Pflegewohngemeinschaften in Berlin entwickelt?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

- 1. Wie viele Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenz gibt es derzeit in Berlin? Wie viele Pflege-Wohngemeinschaften mit gemischter Bewohnerschaft (mit und ohne Demenz) gibt es derzeit in Berlin? Wie viele Pflege-Wohngemeinschaften mit Bewohnerschaft ohne Demenz gibt es derzeit in Berlin (bitte alle Angaben Stand 2012)
- Zu 1.: Derzeit gibt es 485 gemeldete Pflege-Wohngemeinschaften, davon sind 256 Wohngemeinschaften auf die Pflege und Betreuung von Menschen mit Demenz spezialisiert. Für weitere 181 Wohngemeinschaften wurde keine Spezialisierung angegeben. Es ist davon auszugehen, dass in diesen Wohngemeinschaften Menschen mit und ohne Demenz gepflegt und betreut werden. In 51 Wohngemeinschaften werden andere Spezialisierungen angeboten. Hier werden Menschen mit verschiedenen Krankheitsbildern wie z. B. HIV, Beatmungs-pflichtige, Multipler Sklerose, Sucht- und psychiatrischen Erkrankungen gepflegt und betreut.
- 2. Wie hat sich der Anstieg der Pflege-Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenz, mit gemischter Bewohnerschaft bzw. mit Bewohnerschaft für Menschen ohne Demenz in den letzten fünf Jahren jeweils entwickelt?
- Zu 2.: Gesicherte Daten zur Zahl und Entwicklung der Pflegewohngemeinschaften liegen erst mit der Einführung der Meldepflicht gemäß § 14 Abs. 1 Wohn- und Teilhabegesetz (WTG) vor. Das WTG trat zum 01.07.2010 in Kraft. Daten zur Entwicklung in den letzten 5 Jahren liegen damit nicht vor.
- 3. Wie hat sich die durchschnittliche Größe von Pflegewohngemeinschaften seit dem Inkrafttreten der Meldepflicht durch das Wohnteilhabegesetz entwickelt?

- Zu 3.: Bei Inkrafttreten des WTG lag die Durchschnittsgröße bei rund 7,3 Plätzen pro Wohngemeinschaft. Am 31.12.2011 lag der Durchschnitt bei 7,0. Derzeit liegt die Durchschnittsgröße bei 6,9 Plätzen pro Wohngemeinschaft.
- 4. Wie hoch ist der prozentuale Anteil der jeweiligen Pflegestufen in den Wohngemeinschaften mit Demenz, mit gemischter Bewohnerschaft und mit Bewohnerschaft ohne Demenz (bitte für die letzten fünf Jahre auflisten)?
- Zu 4.: Im Rahmen der Meldepflicht gemäß § 14 Abs. 1 WTG sind Angaben zu den Pflegestufen der Bewohnerinnen und Bewohner nicht vorgesehen.
- 5. Welche Erfahrungen wurden in den letzten fünf Jahren mit der Abrechnung der beiden pauschalierten Leistungskomplexe für Menschen mit Demenz in Pflegewohngemeinschaften (LK 19 für Pflege und LK 38 für Betreuung) gemacht?
- Zu 5.: Die Einführung der pauschalierten Leistungskomplexe LK 19 und LK 38 vereinfachte allen Beteiligten das Verfahren, erleichterte die Kalkulierbarkeit der finanziellen Aufwendungen, beförderte die Flexibilität in der Pflege und Betreuung der Bewohnerinnen und Bewohner und vergrößerte für Pflegedienste die Planungssicherheit.

Problematisch ist, dass sich aus den pauschalierten Leistungskomplexen LK 19 und LK 38 oder aus der Bündelung von Einzelleistungskomplexen keine ausreichenden Vorgaben ergeben, die die Wohngemeinschaften als Ganzes betreffen. Dies betrifft insbesondere die Personalausstattung, aber auch die Qualifikation des Personals. Dies erschwert es den Bewohnerinnen und Bewohnern bzw. ihre Vertretungsberechtigte oder ihren Vertretungsberechtigten, nachzuvollziehen, ob sich die eingesetzten Mittel in ausreichendem Maße im Personaleinsatz niederschlagen.

Das Land setzt sich intensiv dafür ein, die Qualitätsentwicklung in Wohngemeinschaften zu befördern und Abrechnungsproblemen sowie Leistungs-missbrauch entgegenzutreten.

- 6. Hat der Senat Kenntnis von Problemen bezüglich der Existenz von insbesondere kleineren Wohngemeinschaften durch diese pauschalierten Leistungskomplexe?
- Zu 6.: Probleme bei kleineren Wohngemeinschaften sind dem Senat nicht bekannt.

Berlin, den 14. Dezember 2012

In Vertretung

Michael B ü g e

Senatsverwaltung für
Gesundheit und Soziales

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 21. Dez. 2012)